

**In Städten können Kinder oft heute schon zwischen mehreren Schulen auswählen. Dennoch initiierten gerade Politiker aus den grossen Agglomerationen wie Zürich und Basel eine Debatte um «freie Schulwahl».**

«Ich gehe im Herbst ins Sekundarschulhaus beim Wankdorf», verkündete die 13 Jahre alte Nicole aus dem Berner Nordquartier vor den Sommerferien stolz. Ihre Begründung: Ihre Freundin gehe auch dort hin und «nicht ins Schulhaus bei der Feuerwehrkaserne», das näher gelegen wäre. Das Mädchen hat also immerhin die Wahl zwischen zwei öffentlichen Sekundarschulen.

**SCHLAGWORT IM SOMMERLOCH.**

Später wird Nicole in der Bundestadt zwischen den drei Gymnasien Kirchenfeld, Neufeld und Köniz wählen können. Notfalls steht auch noch das ehemalige Seminar Hofwil als öffentliche Maturitätsschule zur Verfügung. In und um Bern sind die Debatten zwischen Eltern, in welchen «Gymer» man die Kinder am besten schicke («Weil dort am wenigsten gekiffert und am seriösesten gearbeitet wird!»), darum häufig zu hören. Da herrscht auf oberer öffentlicher Stufe somit – bei entsprechender Flexibilität der Schulbehörden – schon eine begrenzte «freie Schulwahl». Mehrere private Gymnasien bieten ihre Dienste in Bern ebenfalls an.

Dennoch sind es gerade die grossen Agglomerationen wie Zürich und Basel, die eine Debatte um «freie Schulwahl» angeschoben haben. Sie kam pünktlich zum politischen Sommerloch und wurde in allen grossen Parteien der Schweiz aufgegriffen.

Der Freisinn etwa hat die freie Schulwahl – zumindest im Rahmen der öffentlichen Schulen – in sein Parteiprogramm geschrieben. Einzelne FDP-Leute vom rechten Rand der Partei aus grossen Agglomerationen, wie Filippo Leutenegger oder Doris Fiala aus Zürich, befürworten gar die total freie Schulwahl auf al-

len Stufen mit staatlich subventionierten «Bildungsgutscheinen» – auch für gut betuchte Privatschüler.

Das kommt für die CVP «sicher nicht infrage», wie die Zürcher Nationalrätin dieser Partei, Kathy Riklin betont: «Wir werden nicht Hand bieten zur Umverteilung staatlicher Schuldgelder von der öffentlichen Schule zu Privatschulunternehmen», sagt die Bildungspolitiklerin. Die christlichen Zentristen haben das Thema aber auch auf ihre Agenda gesetzt. Die Partei will eine «starke Volksschule» verteidigen – und ihre Qualität verbessern.

Das will die SP erst recht: Ende Juni erteilten die SP-Delegierten nach hitziger Debatte der Forderung ihrer Zürcher Nationalrätin Chantal Galladé nach «freier Schulwahl» im Sinne des Rechtsfreisinns mit 163 zu 6 Stimmen eine klare Abfuhr.

Die SVP hat schliesslich eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Vorab kämpft die Partei indes gegen die schweizweite Gleichschaltung der Unterschule vom Kindergarten an, wie sie das Projekt «Harmos» den Schulen vorschreiben möchte, die kantonalen Gesetzen unterstehen.

**KANTONAL GEREGELT.** Das gilt auch für die Frage der «freien Schulwahl». Und während die Parteien kantonal eher zurückhaltend agieren, macht eine Bewegung mit dem Namen «Elternlobby» schon in zehn Kantonen mit Initiativen radikal Druck (siehe Artikel rechts): Sie fordert nicht nur freie Schulwahl innerhalb der öffentlichen Schulen, wie die FDP Schweiz, sondern generell.

Die Idee dahinter: Statt kostenlose Schulen in allen Quartieren und Dörfern, sollen die Eltern für ihre Kinder «Bildungsgutscheine» im jährlichen Wert von je rund 20000 Franken erhalten. Die Schule – ob privat oder öffentlich – könnten sie dann frei wählen. Da wird die Sache konkret. Und die Fronten in der Grundsatzdebatte gehen nicht selten quer durch die Parteien.

**Die Baselbieter stimmen als Erste ab**

**KANTONALE KÄMPFE.** Am 30. November soll eine kantonale Initiative namens «Bildungsvielfalt für alle» im Kanton Basel-Stadt zur Abstimmung kommen, die «freie Schulwahl» fordert. Es ist dies die erste Abstimmung über diese Forderung, welche auch in neun weiteren Kantonen von Zürich über Solothurn, Luzern, St. Gallen, Aargau und Appenzell bis zum Thurgau, Waadtland und zu Basel-Stadt erhoben wird. Treibende Kraft der kantonalen Kaskade ist die «Elternlobby», welche weit über 1000 Mitglieder zählt – vorab aus grösseren Agglomerationen. Dass die Pilotabstimmung im Baselbiet erfolgt, ist kein Zufall: Präsiert wird die Elternlobby von Pia Amacher aus Reinach. Die Forderung der kantonalen Volksbegehren: Das Schulgeld soll vom Staat nicht mehr in Lehrer und Schulhäuser investiert, sondern den Eltern pro Kind pauschal ausbezahlt werden. Diese würden dann die Schule frei wählen und dieser die gut 20000 Franken weiterreichen. Das freut vorab die Privatschulen in den grösseren Städten, die so vermehrt staatliche Subventionen bekämen. Subventioniert werden die Privatschüler schon heute leicht: Im Baselbiet etwa mit 2000 Franken pro Jahr. Die Baselbieter Regierung, die das Volksbegehren ablehnt, bietet als Gegenvorschlag eine Verdopplung dieses Zustupfs auf 4000 Franken an. Die vorbereitende Kommission möchte bloss auf 2500 Franken erhöhen. Am 11. September berät der Landrat darüber. Im Gegenkomitee sitzen auch Freisinnige und SVP-Leute. In anderen Kantonen ist es ähnlich. N.R.

Basler Zeitung 9.8.08  
 «Freie Schulwahl» gilt in  
 Städten zum Teil schon